

HEIMERZIEHUNG

# „Terroristische Gewalt“

Zurzeit wird jeden Monat ein Bericht über die Tiroler Heimerziehung veröffentlicht, aber den Betroffenen hilft das nichts. Viele von ihnen erwarten sich eine angemessenere Entschädigung.



In ihrer Innsbrucker Kinderbeobachtungsstation quälte Maria Nowak-Vogl\* jahrelang Kinder

**B**innen dreier Monate sind drei Berichte zum Thema Heimerziehung erschienen: im Oktober der Kurzbericht „Arbeit in Heimen“, im November der Bericht zur Kinderbeobachtungsstation der Psychiaterin Maria Nowak-Vogl und Anfang Dezember schließlich der Abschlussbericht „Arbeit in Heimen“. Soziallandesrätin Christine Baur war bei den Berichtspräsentationen dabei, auch im Innsbrucker Leo-Kino, wo der Bericht über die Kinderbeobachtungsstation Nowak-Vogl vorgestellt worden ist. Die Landesrätin zeigte sich betroffen und wick den Fragen der anwesenden Opfer der Heimerziehung nicht aus. Christine Baur vermittelt den Eindruck, dass ihr die Anliegen der ehe-

maligen Heimkinder wichtig sind: Öffentlich betont sie, dass sie allen Betroffenen Glauben schenkt und sie keinen Zweifel daran habe, dass es in den Heimen zu Gewalt in den verschiedensten Formen gekommen ist. Und obwohl Baur weitere Forschungen zum Thema Heimerziehung ankündigt, haben immer mehr Betroffene das Gefühl, dass die Landesrätin mit dem Thema in Wirklichkeit überfordert ist und am liebsten nichts mehr damit zu tun haben möchte.

Der Bericht der Expertenkommission zur Tätigkeit von Nowak-Vogl ist ein erschütterndes Zeugnis unmenschlicher Behandlung von Kindern. Der Zeithistoriker Horst Schreiber, der an der Studie mitgearbeitet hat, sagt zu den Forschungsergebnissen: „An der Kinderbeobachtungsstation wurde sexualisierte, psychische, physische und strukturelle Gewalt ausgeübt, die Kinder

wurden beschimpft, verhöhnt, gedemütigt, geschlagen, kalt abgeduscht und mit Gift behandelt. Es wurden Merkmale terroristischer Gewalt festgestellt, unter Maria Nowak-Vogl herrschte ein Klima der Bedrohung.“

Landesrätin Christine Baur weiß das alles, sie kennt den Bericht. Und sie weiß auch, dass die Entschädigungskommission des Landes Opfern der terroristischen Gewalt Nowak-Vogls einen teilweise lächerlichen Schadenersatz für ihren Aufenthalt in der Kinderbeobachtungsstation ausgezahlt hat – 1000 bzw. 1500 Euro für monatelange Drangsalierungen aller Art.

Die grüne Landesrätin ist für die Verbrechen im Rahmen der Tiroler Heimerziehung natürlich nicht verantwortlich, selbstverständlich auch nicht ihre Partei. Die politische Verantwortung dafür liegt bei der SPÖ, die jahrzehntlang die Verantwortung für die Jugendwohlfahrtsbehörden – und damit auch die Heime – inne hatte. Doch mit dem Auszug von Gerhard Reheis aus dem Büro des Soziallandesrates ging die Verantwortung auf Christine Baur über. Und jetzt muss Baur beweisen, dass ihre Betroffenheit echt ist – den Worten sollten Taten folgen.

Christine Baur sollte nicht hinnehmen, dass der Heimskandal nach wie vor hauptsächlich intern untersucht wird. Ein Landesamtsdirektor Dietmar Schennach muss als Vorsitzender der Arbeitsgruppe zum Thema „Arbeit in Heimen“ ganz einfach darauf schauen, dass sein Arbeitgeber – eben das Land Tirol – möglichst gut wegkommt. Und so bestreitet der Bericht auch, dass es in St. Martin Zwangsarbeit gegeben habe. Obwohl im Bericht vermerkt ist, dass den Mädchen bei Arbeitsverweigerung ein ganzer Strafkatalog bis hin zur Einzelhaft im Karzer drohte. Kein Zwang?

Christine Baur sollte nicht hinnehmen, dass bei der Anlaufstelle Opferschutz des Landes Tirol Daniela Laichner Betroffenen seit Jahren rät, ihre traumatischen Erlebnisse niederzuschreiben und an die Anlaufstelle zu schicken. Laichner weiß als klinische Psychologin genau, dass es dabei zu schweren Retraumatisierungen der Opfer kommen kann, warum sie wider besseren Wissens trotzdem dazu rät, weiß noch niemand.

In einem Telefonat mit einem Opfer der Heimerziehung bedauert Baur, dass sie für Betroffene „nun nichts mehr tun könne“, sie sei auch nur ein Mensch und überhaupt würden höhere Entschädigungszahlungen den Rahmen des Budgets sprengen. Und Baur fügte noch an, dass sie mit zahlreichen

\*Hier die Überreichung des Großkreuzes des Silvesterordens im Jahr 1997 durch Salzburgs Erzbischof Georg Eder; im Hintergrund Prälät Gerhard Holotik und Prälät Erich Saurwein, Offizial der Diözese Innsbruck (v.l.).

Betroffenen in Kontakt stehen würde, die von der ganzen Sache nun nichts mehr in der Zeitung lesen möchten, irgendwann müsse Schluss sein. Schluss?

Für die Betroffenen der Heimerziehung wird nie Schluss sein, soeben hat sich der erste Heimkinder-Verein Tirols gegründet. Die Ungeduld der ehemaligen Zöglinge wird größer, der Ton schärfer. Erwin Aschenwald – Sprecher der Bubenburg-Heimkinder – richtete dieser Tage bei einer Podiumsdiskussion folgende Worte an Generalvikar Jakob Bürgler: „Herr Pfarrer, betrachten Sie es als Zeichen meines guten Willens, dass ich Ihnen nicht augenblicklich vor die Füße kotze.“ Bürgler hatte zuvor seine Kirche für die bemühte Aufarbeitung des Heimskandals nach Ansicht Aschenwalds über Gebühr gelobt.

Im Kinderheim Martinsbühel bei Zirl haben Nonnen des Benediktinerordens jahr-



Historiker Horst Schreiber ist in Tirol Garant für empathischen Umgang mit Heimopfern

zehntelang ein grausames Regime gegen Heimkinder und Menschen mit Behinderung geführt. Noch 2007 – ECHO berichtete – wurde eine mental beeinträchtigte Frau von Nonnen in eine Zwangsjacke gesteckt und in den Keller gesperrt. Die ganzen Jahre über mussten Heimkinder einen großen Teil der Betreuung der Menschen mit Behinderung übernehmen, das Land schaute diesen Zuständen völlig unbeeindruckt zu.

Jetzt gilt es für Landesrätin Baur, genau hinzuschauen, denn die Gedemütigten, Erniedrigten, die Geschlagenen, die sexualisierter Gewalt Ausgesetzten und die seelisch lebenslang geschädigten ehemaligen Heimkinder haben ein Recht darauf, dass ihre Geschichte wahrhaftig untersucht und erzählt wird und sie damit zumindest einen Teil ihrer Würde zurückbekommen. Und sie haben ein Recht darauf, für das ihnen zugefügte Leid würdevoll und in ausreichendem Maß entschädigt zu werden. Nicht mehr und nicht weniger.

Gernot Zimmermann

## „Nachforderungen stellen“

Landesrätin Christine Baur im Gespräch über Forschungsaufträge, Verantwortungsbereiche und Entschädigungen.



Christine Baur: „Werde diesen Vorwürfen gerne nachgehen“

**ECHO:** Der Bericht „Arbeit in Heimen“ beschäftigt sich nur mit St. Martin. Welche Heime werden noch untersucht?

**Christine Baur:** Der Bericht hat sich ausschließlich mit dem Landeserziehungsheim St. Martin auseinandergesetzt. Das Land Tirol hat Forschungsaufträge zur Fürsorgeerziehung in der 2. Republik in Auftrag gegeben. Die diesbezüglichen Berichte werden erst in einigen Monaten vorliegen.

**ECHO:** Betroffene berichten, auch in Martinsbühel, Kramsach oder Kleinvolderberg sei von den Zöglingen Scherarbeit verrichtet worden. Laufen diesbezüglich Untersuchungen?

**Baur:** Ich gehe davon aus, dass im Zuge des oben erwähnten Forschungsauftrages generell die Frage der öffentlichen Heimerziehung näher beleuchtet wird und damit auch andere Einrichtungen als St. Martin in den Fokus rücken werden. Das Heim Martinsbühel lag dabei im Verantwortungsbereich der Kirche.

**ECHO:** ECHO hat über den Fall einer Frau mit Behinderung berichtet, die noch 2007 von Nonnen in Martinsbühel schwer misshandelt worden ist. Kennen Sie diese Vorwürfe und wird in dieser Richtung etwas unternommen?

**Baur:** Ich werde allen konkreten Vorwürfen eines Missbrauchs oder einer Misshand-

lung, die mir gegenüber geäußert werden, aktiv nachgehen und gegebenenfalls auch zur Prüfung an die zuständigen Gerichte weiterleiten. Dieser konkrete Fall wurde noch nicht an mich herangetragen, ich gehe aber davon aus, dass durch die mediale Berichterstattung durch ECHO die Gerichte den Fall in Prüfung ziehen werden.

**ECHO:** Ist Ihnen bekannt, dass in der Bubenburg

Kinder mit Convulex behandelt wurden, obwohl sie nachweislich nicht an Epilepsie leiden? Sind diesbezüglich Untersuchungen geplant?

**Baur:** Beim Medikament Convulex handelt es sich um ein Antiepileptikum, das zur Behandlung generalisierter und partieller Anfallsformen bei Kindern und Erwachsenen eingesetzt wird. Das Medikament ist rezept- und apothekenpflichtig. Wenn Ihnen Tatsachen bekannt sind, wonach Kinder mit Convulex behandelt wurden, obwohl sie nachweislich nicht an Epilepsie leiden, werde ich diesen Vorwürfen gerne nachgehen.

**ECHO:** Können Betroffene nach der Veröffentlichung des Berichtes über die Kinderbeobachtungsstation jetzt Nachforderungen stellen?

**Baur:** Ja, das können sie und die Opferchutzkommission des Landes wird sich damit auseinandersetzen. Wenn es durch den Bericht und die nachfolgenden wissenschaftlichen Untersuchungen neue Erkenntnisse gibt, dann werden diese wohl in die Entscheidungsfindung einfließen. Die Landesregierung ist bis heute in allen Fällen den Vorschlägen der Kommission gefolgt. Mittlerweile wurden mehr als zwei Millionen Euro an Entschädigungszahlung unkompliziert zur Auszahlung gebracht.

Interview: Gernot Zimmermann